

OECD *Multilingual Summaries*

Doing Better for Families

Summary in German



Familien besser fördern

Zusammenfassung in Deutsch

- Alle OECD-Länder sind bestrebt, Eltern mehr Wahlmöglichkeiten bei ihren Entscheidungen in Bezug auf Familie und Beruf zu bieten.
- In dieser Publikation werden die verschiedenen Methoden erörtert, die in der staatlichen Familienförderung eingesetzt werden.
- Ziel ist dabei die Beantwortung einer Reihe von Fragen, wie z.B.: Steigen die Ausgaben für Familienleistungen und inwieweit variieren sie je nach Alter des Kindes? Hatte die Krise Auswirkungen auf die staatlichen Hilfen für Familien? Wie kann Menschen am besten dabei geholfen werden, ihre Vorstellungen in Bezug auf die Zahl ihrer Kinder zu realisieren? Welche Effekte haben Elternurlaubsregelungen auf die Erwerbsbeteiligung der Frauen und das Wohlergehen der Kinder? Sind die Kinderbetreuungskosten ein Hindernis für die Erwerbstätigkeit der Eltern, und können flexible Arbeitszeitregelungen hier Abhilfe schaffen? Was ist für Mütter der beste Zeitpunkt, um nach der Geburt ihres Kindes wieder ins Erwerbsleben zurückzukehren? Und welche Maßnahmen sind am besten geeignet, die Armut unter Alleinerziehenden zu mindern?

Mit der Familienpolitik werden verschiedene Ziele verfolgt

Die Regierungen aller OECD-Länder sind bestrebt, Familien zu unterstützen und Eltern mehr Wahlmöglichkeiten bei ihren Entscheidungen in Bezug auf Familie und Beruf zu bieten. Zwischen den Ländern bestehen jedoch erhebliche Unterschiede, was Art und Intensität der angebotenen Unterstützung betrifft. Diese Unterschiede haben ihre Wurzeln in der Geschichte der Länder, in ihrer Einstellung zur Familie, in der Rolle des Staats und im relativen Gewicht, das den verschiedenen Zielen der Familienpolitik beigemessen wird, darunter z.B.: bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Unterstützung der Eltern bei der Realisierung ihrer Kinderwünsche, Mobilisierung des weiblichen Arbeitskräfteangebots, Förderung der Gleichstellung der Geschlechter, Verringerung von Kinder- und Familienarmut, Förderung der kindlichen Entwicklung und Verbesserung des allgemeinen Wohlergehens der Kinder von einem frühen Alter an.

Die Familienpolitik sieht sich gegenwärtig zahlreichen Herausforderungen gegenüber, insbesondere im Zusammenhang mit den niedrigen Geburtenziffern und der Bevölkerungsalterung, der Prävalenz von Armut unter Familien und den zuweilen besorgniserregenden Ergebnissen auf Ebene der Kinder. Die Beschäftigungsergebnisse und die Situation von Familien und Kindern unterscheiden sich deutlich in den einzelnen Ländern. Die nordischen Länder schneiden in Bezug auf die Situation der Familien in der Regel wesentlich besser ab als der Durchschnitt der OECD-Länder, und auch Australien, Belgien, Frankreich, die Niederlande und Neuseeland erzielen hier in vielerlei Hinsicht gute Ergebnisse. Andere Länder wiederum stehen in Bezug auf die Situation der Familien in mehreren Bereichen vor Herausforderungen (Kapitel 1).

Gerechtigkeit gewährleisten trotz Ausgabenkürzungen

Die öffentlichen Ausgaben für Familienleistungen belaufen sich im OECD-Durchschnitt auf etwas mehr als 2,4% des BIP. In den meisten OECD-Ländern entfällt der überwiegende Teil hiervon auf die finanzielle Unterstützung, d.h. auf Leistungen während des Elternurlaubs, Kindergeld und/oder Steuervorteile für Familien. Im derzeitigen Kontext der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen sehen die Haushaltsstrategien allerdings z.T. ein Einfrieren bzw. eine Reduzierung der Kinderfreibeträge oder Kindergeldleistungen, eine zeitweilige Aussetzung der Einkommensstützung während des Elternurlaubs oder Kürzungen der Beihilfen für die formale Kinderbetreuung vor.

Die Antwort auf die Frage, wie die Familienpolitik in einer Zeit fiskalischer Konsolidierung am besten und am gerechtesten reformiert werden kann, wird von Land zu Land unterschiedlich ausfallen. Da die meisten Länder mit ihrer Familienpolitik eine ganze Reihe von Zielen verfolgen, müssen Konsolidierungsmaßnahmen in diesem Bereich sorgfältig im Licht der verschiedenen Zielsetzungen und Ergebnisse beurteilt werden. In Ländern mit guten Ergebnissen in Bezug auf die Situation der Familien entfällt etwa die Hälfte der öffentlichen Aufwendungen für die Familienförderung auf Sachleistungen, wie die Bereitstellung qualitativ hochstehender frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung (FBBE), weshalb es sinnvoll ist, diese Investitionen aufrechtzuerhalten bzw. zu stärken. Länder, die es für notwendig erachten, die Familienleistungen zu kürzen, sollten zudem Sorge tragen, dass die sozial Schwächsten ausreichend abgesichert sind.

Erhöhung der Wirksamkeit der staatlichen Familienförderung

Die Effizienz von Diensten für Familien lässt sich auf verschiedene Art und Weise erhöhen. Universelle Systeme stellen sicher, dass alle Kinder – ohne jegliche Stigmatisierung – unterstützt werden, sie sind aber mit hohen Kosten verbunden. Ein „kaskadenartiger“ Ansatz, der universelle Leistungen mit intensiveren Leistungen für bestimmte Zielgruppen kombiniert, dürfte sich hier häufig als effizienter erweisen. Zum Beispiel ließe sich ein universelles System ärztlicher Untersuchungen für Familien mit Säuglingen oder Kleinkindern durch intensivere Dienste für Familien mit besonderem Bedarf ergänzen, die im Rahmen der allgemeinen Arztbesuche identifiziert werden.

Sozial schwache Familien sind häufig mit mehreren Risiken gleichzeitig konfrontiert, weshalb ihnen auch mit mehreren Arten von Maßnahmen geholfen werden muss. Am wirkungsvollsten sind hier integrierte Dienste auf kommunaler Ebene, zentrale Anlaufstellen (Zusammenführung mehrerer Dienste am selben Ort) und/oder persönliche Berater, die den Familien bei der Suche nach dem von ihnen benötigten Dienst helfen. Für die Integration der Dienste sprechen starke Effizienzargumente. So lassen sich z.B. Skaleneffekte erzielen, insbesondere im Fall der Zusammenführung mehrerer Dienste an einem Ort, beispielsweise in Schulen, Krankenhäusern oder

formalen Kinderbetreuungseinrichtungen. Die Zusammenführung verschiedener Dienste an einem Ort kann auch zu Innovationen in der Arbeitsweise der dort tätigen Kräfte führen, und sie verringert das Risiko, dass Leistungen ungerechtfertigt entzogen oder gewährt werden, weil direkt vor Ort auf die Fallbeurteilungen verschiedener Stellen zugegriffen werden kann. Für die Kunden hat die Integration der Dienste den Vorteil, dass zugleich das Problem und die Ursachen des Problems angegangen werden können (z.B. wenn Krankheit zu Obdachlosigkeit führt und umgekehrt). Wiederholte Besuche können vermieden werden, wodurch sich der Zeitaufwand, die Kosten und der emotionale Stress verringern. Wenn Familien Gutscheine für bestimmte Dienste (z.B. Wohnungsangebote) erhalten und diese vom Angebot und der Nutzung anderer Dienste abhängig gemacht werden (z.B. Gesundheitsversorgung für Kinder), können sozial schwache Familien in die Lage versetzt werden, den Teufelskreis von sozialer Benachteiligung und Abhängigkeit zu durchbrechen.

Familienleistungen können auch von der Erfüllung anderer Ziele abhängig gemacht werden. Solche Bedingungen sind z.B. Auflagen zur Arbeitsuche für Eltern, die Einkommensstützung erhalten (vorausgesetzt, es werden Hilfen für die Kinderbetreuung angeboten), Beteiligung an Vorschulbildung für Kleinkinder, Pflicht zur Impfung der Kinder, Arztbesuche und Teilnahme an formaler Bildung.

Öffentliche Investitionen in Humankapital bringen eine höhere Rendite, wenn sie in der frühen Kindheit einsetzen und bis ins junge Erwachsenenalter fortgesetzt werden. Mit einem kohärenten Politikansatz für die frühen Lebensjahre könnte gewährleistet werden, dass Kinderbetreuungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, wenn der Anspruch auf Erziehungsurlaub abläuft, und dass sich die Investitionen, die für den Vorschulbesuch der Kinder getätigt werden müssen, kaum von denen unterscheiden, die während der Pflichtschulzeit anfallen. In den meisten Ländern sind die öffentlichen Ausgaben für Bildungsleistungen indessen hauptsächlich auf die Phase der Schulzeit ausgerichtet, während die frühe Kindheit zu kurz kommt. Die Länder sollten größere Anstrengungen unternehmen, um eine Neuausrichtung der Bildungsausgaben zu Gunsten der ersten Lebensjahre zu ermöglichen und sicherzustellen, dass in dieser Zeit erzielte Nutzeffekte während der Pflichtschulzeit weiter zum Tragen kommen. Die Länder könnten beispielsweise, ohne die Gesamthöhe der Investitionen in die Hochschulbildung zu verringern, privaten Investitionen in diesem Bereich größere Bedeutung zukommen lassen und dies durch ein ausgereiftes System von Studiendarlehen ergänzen. Die so freigesetzten öffentlichen Ressourcen könnten dann für kleinere Kinder ausgegeben werden.

Unterstützung der Familien bei der Realisierung ihrer Kinderwünsche

In vielen Ländern tendieren die Geburtenziffern seit langem nach unten, seit Anfang der 2000er Jahre ist allerdings in ungefähr der Hälfte der OECD-Länder ein kleiner Anstieg festzustellen. Dennoch haben viele Menschen immer noch weniger Kinder, als sie sich eigentlich wünschen, vor allem in einer Reihe von süd- und mitteleuropäischen sowie asiatischen OECD-Ländern. Mehr als in anderen Teilen des OECD-Raums werden Erwachsene in diesen Ländern durch das Zusammenwirken von gesellschaftlichen Einstellungen, öffentlichen Maßnahmen und betrieblichen Regelungen dazu gezwungen, zwischen Familie und Beruf zu wählen. Die Folge davon ist ein Aufschieben des Kinderwunschs, eine Abnahme der Zahl der kinderreichen Familien sowie – in europäischen Ländern mit geringen Geburtenziffern – ein hohes Niveau der Kinderlosigkeit. In Japan und Korea werden die Möglichkeiten der Eltern zudem durch relativ hohe Kosten für Wohnraum und private Bildung eingeengt.

Maßnahmen, die Eltern dabei helfen, ihre Kinderwünsche zu realisieren, müssen auf Dauer angelegt sein und es den Eltern leichter machen, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Die Einführung oder Anhebung von Geldleistungen kann einen vorübergehenden positiven Effekt auf die Geburtenziffern haben, Investitionen in formale Kinderbetriebsdienste im Rahmen einer breiten Palette von Unterstützungsleistungen scheinen jedoch mehr zu bringen. In den nordischen Ländern ist ein durchgehendes Angebot öffentlicher, universeller Unterstützungsleistungen in Form von bezahltem Elternurlaub mit Arbeitsplatzgarantie, bezuschusster frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung sowie Betreuung außerhalb der Schulzeit bis zum Beginn der Sekundarschulzeit vorgesehen. Elternschaft und beruflicher Erfolg schließen einander nicht gegenseitig aus, sondern gelten hier als etwas, das sich gleichzeitig realisieren lässt. In diesen Ländern liegen die Geburtenziffern im Allgemeinen über dem Durchschnitt. Ähnliche Unterstützungsleistungen existieren auch in Frankreich, dort liegt der Akzent jedoch stärker auf kinderreichen Familien, in denen die Mütter mit geringerer Wahrscheinlichkeit erwerbstätig sind. In Frankreich entsprechen die Beschäftigungsquoten der Frauen dem OECD-Durchschnitt und sind niedriger als in den nordischen Ländern, die Geburtenrate ist dort jedoch höher, wie auch der Anteil der kinderreichen Familien.

In den englischsprachigen Ländern liegen die Beschäftigungsquoten der Frauen und die Geburtenziffern ebenfalls über dem Durchschnitt. Dort spielt die Einkommensprüfung beim Leistungsanspruch eine größere Rolle und wird stärker darauf vertraut, dass die Betroffenen flexible Arbeitszeitlösungen finden; in Australien, Neuseeland und dem Vereinigten Königreich gehen viele Mütter einer Teilzeitbeschäftigung nach, bis ihre Kinder in die Grundschule

kommen. In den Vereinigten Staaten wird die Situation erwerbstätiger Eltern auch durch die geringen Kosten der Beschäftigung von Hausangestellten erleichtert, dies wirft aber zugleich Fragen in Bezug auf die Qualität informeller und/oder billiger Kinderbetreuung auf.

Mobilisierung des weiblichen Arbeitskräfteangebots und Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in bezahlter und unbezahlter Arbeit

In Ländern, in denen die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter stagniert oder abnimmt, kommt es entscheidend darauf an, das Arbeitsangebot von Frauen und Müttern wirkungsvoller zu mobilisieren. Dies ist ein zentrales Element der Sicherung des künftigen wirtschaftlichen Wohlstands und der finanziellen Tragfähigkeit der Sozialschutzsysteme. Sich verändernde Lebensentwürfe der Frauen hatten eine Zunahme der weiblichen Erwerbsbeteiligung zur Folge. In asiatischen, nordischen und südeuropäischen Ländern arbeiten Männer und Frauen hauptsächlich auf Vollzeitbasis. In den Niederlanden und der Schweiz hingegen, aber auch in Australien, Deutschland, Irland, Neuseeland und im Vereinigten Königreich entfällt ein großer Anteil der Beschäftigungszunahme der Frauen auf Teilzeitarbeitsverhältnisse, wodurch sich die Arbeitsplatzzufriedenheit der Betroffenen zwar zumeist erhöht, was aber häufig negative Auswirkungen auf deren berufliche Aufstiegschancen hat.

Für familienfreundliche Arbeitsbedingungen könnten durchaus auch wirtschaftliche Argumente sprechen. Familienfreundliche Arbeitsbedingungen könnten die Motivation der aktuellen Mitarbeiter in den Unternehmen erhöhen, die Personalfuktuation und die Fehlzeiten wegen Krankheit verringern, die Anwerbung neuer Mitarbeiter fördern, den Stress am Arbeitsplatz reduzieren und ganz allgemein zu einer höheren Arbeitsplatzzufriedenheit und Produktivität beitragen. Diese wirtschaftlichen Argumente sind im Fall von Mitarbeitern am stärksten, die sich nur schwer ersetzen lassen, wobei sich insbesondere flexible Arbeitszeitregelungen empfehlen, die den Produktionsprozess am wenigsten beeinträchtigen. Die Arbeitgeber bieten zwar häufig Teilzeitbeschäftigungen an, die wirtschaftlichen Argumente, die für flexible Arbeitszeiten, bei denen die Arbeitnehmer selbst über ihre Arbeitsanfangs- und -schlusszeiten entscheiden können, oder auch für Telearbeit sprechen, scheinen indessen weniger bekannt zu sein. Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen können ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Verbesserung des Angebots an familienfreundlichen Arbeitszeitregelungen spielen, doch entweder fehlt es ihnen dazu an der nötigen Verhandlungsmacht, und/oder sie betrachten dies nicht als ein prioritäres Anliegen.

Um die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Müttern erfolgreich zu fördern, sollte die Politik starke finanzielle Erwerbsanreize bieten – für Frauen und Männer. Zudem sollten finanzielle Hilfen für die formale Kinderbetreuung, für die Betreuung von Schulkindern außerhalb der Schulzeit sowie gegebenenfalls für flexible Arbeitszeitregelungen geschaffen werden, wobei es auch gilt, deren Nutzung durch Mütter und Väter zu fördern. Wenn die Väter einen größeren Teil der unbezahlten Kinderbetreuung übernehmen würden, wäre es für die Mütter leichter, ins Erwerbsleben einzutreten bzw. ihre Arbeitszeiten zu erhöhen.

Die Differenzen zwischen Männern und Frauen bei bezahlter und unbezahlter Arbeit verringern sich zwar, bleiben aber groß. Im OECD-Durchschnitt liegen die Beschäftigungsquoten der Frauen mehr als 13 Prozentpunkte unter denen der Männer. Dieser Abstand vergrößert sich, wenn die geringere Zahl der geleisteten Arbeitsstunden der Frauen berücksichtigt wird. Das Verdienstgefälle zwischen Männern und Frauen (beim Medianverdienst) beträgt im Durchschnitt der OECD-Länder 16%. Die Frauen verrichten in sämtlichen OECD-Ländern auch den Großteil der in der Familie anfallenden unbezahlten Arbeit. Frauen verwenden pro Tag durchschnittlich zwei Stunden mehr auf unbezahlte Arbeit als Männer. Selbst nicht erwerbstätige Väter widmen der Kinderbetreuung weniger Zeit als berufstätige Mütter. Außerdem bestehen klare Unterschiede in Bezug auf die Art der Tätigkeiten, die jeweils von Frauen und von Männern übernommen werden: Die Mütter kümmern sich in der Regel um die körperliche Pflege der Kinder und die Hausarbeit, während die Väter mehr Zeit für Erziehungsaufgaben und Freizeitaktivitäten mit den Kindern aufbringen.

Es hat sich als schwierig erwiesen, das Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern in Bezug auf Verdienst und Kinderbetreuung zu verbessern, u.a. deshalb, weil die Länder den Eltern keine Lösungen aufzwingen möchten. Daher sind es im Allgemeinen die Eltern, die entscheiden, wer von ihnen den Elternurlaub beantragt, bzw. die die Kinderbetreuungsaufgaben untereinander aufteilen. In einigen Ländern, z.B. in den nordischen Ländern, in Deutschland und in Portugal, wird der Vaterschaftsurlaub allerdings aktiv gefördert, indem ein Teil des Elternschaftsurlaubs nur vom Vater in Anspruch genommen werden darf bzw. den Vätern während der Beurlaubung großzügige Einkommensersatzleistungen gezahlt werden. Dies hatte zur Folge, dass mehr Väter Elternurlaub nehmen, es ist aber nicht klar, ob das auch zu einer gerechteren Aufteilung der Kinderbetreuungsaufgaben geführt hat und ob diese Veränderungen von Dauer sind.

Bekämpfung der Kinderarmut

Seit den 1980er Jahren sind die Durchschnittseinkommen der Familien im OECD-Raum insgesamt gestiegen. In vielen OECD-Ländern haben die Kinderarmutsquoten aber ebenfalls zugenommen. Dies lässt darauf schließen, dass die Einkommen der Familien in den fraglichen Ländern weniger stark expandierten wie die Einkommen von kinderlosen Haushalten. In anderen Ländern ist die Kinderarmut in den letzten zehn Jahren gesunken; die stärksten Verbesserungen waren in den OECD-Ländern zu beobachten, in denen sich die Kinderarmut in der Vergangenheit auf hohem Niveau bewegt hatte, so in Chile, Italien und im Vereinigten Königreich.

Durch Erwerbstätigkeit erhöht sich für Familien in allen OECD-Ländern die Wahrscheinlichkeit, der Armut zu entkommen. Erwerbslosenhaushalte weisen das höchste Armutsrisiko auf, sehr hoch ist das Armutsrisiko aber auch für Alleinerziehendenhaushalte oder junge Familien, in denen nur ein Elternteil erwerbstätig ist. In den meisten Ländern, in denen die Beschäftigungsquoten der Frauen am oder über dem OECD-Durchschnitt liegen, sind die Kinderarmutsquoten gering, außer in Israel, Portugal und den Vereinigten Staaten. Diesem Problem könnte somit durch die Einführung oder den Ausbau von existierenden Lohnergänzungsleistungen begegnet werden, wobei auf die umfangreichen Erfahrungen aus dem Ländervergleich zurückgegriffen werden könnte, um diese Leistungen möglichst kosteneffizient zu gestalten (der Earned Income Credit in den Vereinigten Staaten ist hier ein Beispiel); ein weiteres Element zur Lösung dieser Probleme wären Beihilfen für die Kinderbetreuung für erwerbstätige Eltern. Neuere Erfahrungen aus dem Vereinigten Königreich zeigen, dass ein Paket von Maßnahmen, das sich aus einer relativ niedrig angesetzten Lohnuntergrenze, gezielten Geldleistungen für erwerbstätige Familien (mit Sonderzahlungen für Alleinerziehende), einer Erhöhung der Zahl der Kinderbetreuungsplätze und Zuschüssen für die Kinderbetreuung zusammensetzt, hier hilfreich sein kann.

Zur Verringerung der Kinderarmut ist es äußerst wichtig, zu verhindern, dass die Eltern langfristig in eine Abhängigkeit von Transferleistungen geraten. Die Politik kann Eltern dabei helfen, eine Arbeit zu finden und im Beruf weiterzukommen. In den meisten OECD-Ländern, außer in Irland sowie bis vor kurzem in Neuseeland, ist die Zahlung von Einkommensstützungsleistungen für Familien an die Pflicht zur Arbeitsuche sowie andere Auflagen in Bezug auf die Erwerbsbeteiligung geknüpft, sobald das jüngste Kind das schulpflichtige Alter erreicht hat. Allerdings kann von alleinerziehenden Eltern, die Einkommensstützungsleistungen beziehen, nur dann erwartet werden, dass sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen, wenn geeignete, bezahlbare Kinderbetreuungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Wenn Eltern schon länger nicht mehr im Erwerbsleben standen, sind zudem u.U. Investitionen in die Weiterbildung oder sonstige intensive Maßnahmen zur Förderung ihrer Beschäftigungsfähigkeit notwendig.

Nicht alle Eltern, die verpflichtet sind, Unterhaltszahlungen für ihre Kinder zu leisten, tun dies auch. Daher können auch öffentliche Unterhaltsleistungen für Kinder eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung der Kinderarmut spielen, wenngleich deren Effektivität von Land zu Land erhebliche Unterschiede aufweist. In Dänemark und Schweden gelingt es mit solchen Unterhaltsleistungen z.B. die Kinderarmut um 2,5 Prozentpunkte zu reduzieren, während sie in den Vereinigten Staaten dadurch nur um 1 Prozentpunkt verringert wird. Das dänische und das schwedische System gewährleisten, dass das Elternteil, bei dem das Sorgerecht liegt, durch regelmäßige Unterhaltsvorschussleistungen unterstützt wird, die anschließend beim unterhaltspflichtigen Elternteil wieder eingezogen werden. In den Vereinigten Staaten werden die Leistungen erst ausgezahlt, wenn die fragliche Summe vom unterhaltspflichtigen Elternteil eingezahlt wurde. Die staatlichen Stellen müssen daher u.U. unabhängig von den wirtschaftlichen Umständen des unterhaltspflichtigen Elternteils eine Mindestsicherung garantieren.

Was ist aus Sicht der Entwicklung des Kindes am besten?

Der Anteil der Kinder, die an frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung teilnehmen, ist im OECD-Durchschnitt gestiegen. Zwischen 1998 und 2007 sind die Vorschulbesuchsquoten für Kinder im Alter von bis zu 5 Jahren von rd. 30% auf über 50% gestiegen. Die Intensität der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung sowie die Entscheidungen der Familien in Bezug auf die Art der gewählten Kinderbetreuungsdienste werden durch sozioökonomische Merkmale beeinflusst. Kinder aus Familien, die den niedrigsten Einkommensgruppen angehören, nehmen mit geringerer Wahrscheinlichkeit an formaler Kinderbetreuung teil als Kinder aus wohlhabenderen Familien.

Qualitativ unzureichende Kinderbetreuung, eine zu hohe Anzahl an Stunden in Kinderbetreuungseinrichtungen und eine Teilnahme vor Vollendung des ersten Lebensjahrs sind mit häufigeren Verhaltensproblemen assoziiert. Eine qualitativ hochstehende formale Kinderbetreuung ist mit einer leichten Steigerung der kognitiven Fähigkeiten

verbunden. Die wirtschaftlichen Lebensumstände haben jedoch größeren Einfluss auf die Entwicklung der Kinder (insbesondere auf ihre kognitive Entwicklung) als die Frage der Erwerbstätigkeit der Mutter oder die Teilnahme an frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung. Am größten sind die Vorteile in Bezug auf die kognitive und soziale Entwicklung, die mit einer qualitativ hochstehenden Kinderbetreuung einhergehen, im Fall von Kindern aus sozial benachteiligtem Elternhaus.

In Bezug auf ihre beruflichen Aussichten ist es für die Mütter wahrscheinlich am besten, etwa sechs Monate nach Geburt des Kindes wieder an den Arbeitsplatz zurückzukehren; im Hinblick auf die Entwicklung des Kindes lassen sich indessen keine derart klaren Aussagen treffen. Die Nachteile, zu denen es hinsichtlich der verhaltensmäßigen und kognitiven Entwicklung kommen kann, werden möglicherweise durch die positiven Effekte der Verringerung des Armutsrisikos ausgeglichen, vor allem im Fall von Kindern aus einkommensschwachen Familien. Im Allgemeinen dürfte eine Rückkehr der Mutter an den Arbeitsplatz, bevor das Kind 6 bis 12 Monate alt ist, mehr negative als positive Effekte haben. Ab dem Alter von zwei Jahren sind die positiven Effekte der Teilnahme an qualitativ hochstehender formaler Kinderbetreuung in der Regel größer als die negativen Effekte, insbesondere bei Kindern aus sozial benachteiligtem Elternhaus. Für die Zeit zwischen einem und zwei Jahren ist die Situation weniger eindeutig.

Unabhängig davon, wann die Eltern wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren, kommt es entscheidend darauf an, wie gut sie sich um ihre Kinder kümmern. Einige OECD-Länder bieten Unterstützung für Eltern in Form von Hausbesuchen oder Familien- bzw. Eltern-Kind-Zentren an. Die Förderung des Stillens oder anderer elterlicher Praktiken, die sich positiv auf die Entwicklung der Kinder auswirken dürften, wie auch Beratung über das Verhalten in Stresssituationen können zur Verbesserung der Situation der Kinder beitragen.

Im OECD-Raum haben die Länder unterschiedliche Politikmaßnahmen entwickelt, um das Wohlergehen von Eltern und Kindern zu erhöhen. Dienste und Transferleistungen für Familien sind ein wichtiges Instrument, um letzteren dabei zu helfen, ihre beruflichen und familiären Wünsche zu verwirklichen. Bei den familienpolitischen Instrumenten das richtige Gleichgewicht zu finden, ist in wirtschaftlich schwierigen Zeiten von besonderer Bedeutung. In der vorliegenden Publikation wird der derzeitige Wissensstand hinsichtlich familienpolitischer Maßnahmen und ihrer Ergebnisse untersucht – insbesondere in Bezug darauf, welche Instrumente erfolgreich sind und welche nicht –, um einen Beitrag zur Verbesserung der künftigen Familienpolitik zu leisten.

© OECD

Übersetzung durch den Deutschen Übersetzungsdienst der OECD.

Die Wiedergabe dieser Zusammenfassung ist unter Angabe der Urheberrechte der OECD sowie des Titels der Originalausgabe gestattet.

Zusammenfassungen in Drittsprachen enthalten auszugsweise Übersetzungen von OECD-Publikationen, deren Originalfassungen in englischer und französischer Sprache veröffentlicht wurden.

Sie sind unentgeltlich beim Online-Bookshop der OECD erhältlich unter Bookshop www.oecd.org/bookshop

Wegen zusätzlicher Informationen wenden Sie sich bitte direkt an die OECD Rights and Translation Unit, Public Affairs and Communications Directorate unter: rights@oecd.org oder per Fax: +33 (0)1 45 24 99 30.

OECD Rights and Translation unit (PAC)
2 rue André-Pascal, 75116
Paris, France

Besuchen Sie unsere Website www.oecd.org/rights/

